



Niederschrift

Sitzung der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

Sitzungstermin:	Donnerstag, 20.04.2023
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	21:55 Uhr
Raum, Ort:	Bürgerschaftssaal des Rathauses, Markt, 17489 Greifswald

Anwesend

Vorsitzende/r
Egbert Liskow

Mitglied

Birgit Socher

Kira Wisnewski

Ibrahim Al Najjar

Johannes Barsch

Ulf Burmeister

Camille Marie Damm

Rita Duschek

bis TOP 9.22 (öffentlicher Teil)

Robert Gabel

Yvonne Görs

Prof. Dr. Frank Hardtke

Dr. Tjorven Hinzke

Axel Hochschild

Katharina Horn

Anja Hübner

Antonia Linea Huhn

Heiko Jaap

Lutz Jesse

Dr. Jörn Kasbohm

Dr. Andreas Kerath

Thomas Kerl

bis TOP 9.10 (öffentlicher Teil)

Jörg König

Alexander Krüger

Jörg-Uwe Krüger

Christian Kruse

Jürgen Liedtke

Dr. Thomas Meyer

Prof. Dr. Markus Münzenberg
Christoph Oberst
Stephan Reuken
Dr. Mignon Schwenke
Daniel Seiffert
Prof. Dr. Thomas Stamm-Kuhlmann
Prof. Dr. Madeleine Tolani
Dr. Jörg Valentin
Marco Wandrey
Dr. Monique Wölk
Katja Wolter
Grit Wuschek
Ingo Ziola

Protokollant/in
Sarah Wiesenberg

Abwesend

<u>Mitglied</u>	
Gamal Khalil	abwesend
Nikolaus Kramer	entschuldigt
Gerd-Martin Rappen	entschuldigt

Verwaltung:

Dr. Stefan Fassbinder
Jeannette von Busse
Achim Lerm

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
- 3 Bestätigung der Niederschriften
- 3.1 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 23.02.2023
- 3.2 Bestätigung der Niederschrift der Sondersitzung vom 27.03.2023
- 4 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner/innen
- 5 Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt
- 6 Mitteilungen des Präsidenten unter anderem über nichtöffentlich gefasste Beschlüsse nach § 31 (3) der Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern
- 7 Beantwortung schriftlich innerhalb der Frist nach § 4 Abs. 2 S.1 der Hauptsatzung gestellter Fragen der Fraktionen
- 8 Beschlusskontrolle
- 9 Beratung der Beschlussvorlagen
- 9.1 Durchführung eines Bürgerentscheides nach § 20 Abs. 3 KV M-V zur Verpachtung von städtischen Flächen für die Errichtung von Containerdörfern
Der Präsident der Bürgerschaft / neue Version am 17.04.2023 - Abstimmungsdatum geändert BV-P-ö/07/0295-01
- 9.2 Besetzungen
- 9.2.1 Umbesetzungen
Fraktion BG/FDP/KfV BV-P-ö/07/0294
- 9.2.2 Umbesetzungen OTV Eldena, OTV Schönwalde I/Südstadt, Bildungsausschuss
CDU-Fraktion BV-P-ö/07/0297
- 9.2.3 Umbesetzung in der OTV Innenstadt
Umbesetzung im Ausschuss für Bauwesen, Klimaschutz, Umwelt, Mobilität und Nachhaltigkeit
SPD-Fraktion BV-P-ö/07/0298
- 9.3 Fortsetzung der Patenschaft für das Seenotrettungsschiff „SEA-EYE 4“ BV-V/07/0726
- 9.4 Geänderter Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes „Hanse-Kinder“ 2023 BV-V/07/0735
- 9.5 Charta der Vielfalt BV-V/07/0715

9.6	Wahl zum stellvertretenden Gemeindegewahlleiter der Universitäts- und Hansestadt Greifswald	BV-V/07/0746
9.7	Prüfbericht und Prüfvermerk des Jahresabschlusses 2019 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald <i>Ingo Ziola, Antragsberechtigt für den Fachausschuss</i>	BV-P-ö/07/0290-01
9.8	Jahresabschluss 2019 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald <i>neue Version am 20.04.2023</i>	BV-V/07/0743-01
9.9	Ergänzungsbeschluss zur Haushaltssatzung des Städtebaulichen Sondervermögens 162 - "Stadtteil mit besonderem Entwicklungsbedarf - Fleischervorstadt" der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2023 / 2024	BV-V/07/0749
9.10	Ergänzungsbeschluss zur Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2023/2024 <i>neue Version am 20.04.2023</i>	BV-V/07/0750-01
9.11	Konzept zur Konsolidierung des städtischen Haushaltes <i>Fraktion BG/FDP/KfV, CDU-Fraktion</i>	BV-P-ö/07/0289-01
9.12	Vorschlagsliste für die Wahl der Haupt- und Hilfsschöff*innen beim Amtsgericht Greifswald sowie beim Landgericht Stralsund für die Amtsperiode vom 01.01.2024 – 31.12.2028	BV-V/07/0722-01
9.13	Aktualisierung der Satzung zur Förderung des Sports in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald	BV-V/07/0663-03
9.14	Zustimmung zur Wahl des Ortswehrführers gemäß § 12 Abs. 1 des Brandschutz- und Hilfeleistungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern (BrSchG M-V)	BV-V/07/0736
9.15	Zustimmung zur Wahl des stellvertretenden Ortswehrführers gemäß § 12 Abs. 1 des Brandschutz- und Hilfeleistungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern (BrSchG M-V)	BV-V/07/0737
9.16	Bebauungsplan Nr. 38 - Sandfuhr -, Änderung des Aufstellungsbeschlusses	BV-V/07/0725
9.17	Bebauungsplan Nr. 118 – Südlich Fontanestraße - ; Satzungsbeschluss	BV-V/07/0723-01
9.18	Optionsfelder für Photovoltaik-Freiflächenanlagen in Greifswald	BV-V/07/0728-01
9.19	Elektroroller/ E-Scooter <i>SPD-Fraktion</i> <i>neue Version am 18.04.2023</i>	BV-P-ö/07/0286-01
9.20	Neuordnung der räumlichen Zuständigkeiten der Ortsteilvertretungen <i>Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ, Ibrahim Al Najjar, Antragsberechtigt für die Ortsteilvertretung / neue Version am 18.04.2023 - weiterer Antragssteller ergänzt</i>	BV-P-ö/07/0287-03

- | | | |
|------|---|----------------|
| 9.21 | Änderung der Bekleidungs Vorschriften im Greifswalder
Freizeitbad und am Eldenaer Strandbad
<i>Katja Wolter</i> | BV-P-ö/07/0293 |
| 9.22 | Prüfauftrag an die Stadt Greifswald, vertr. durch
Oberbürgermeister Dr. Fassbinder zur vorhandenen sozialen
und wirtschaftlichen Situation der Stadt sowie die Erstellung
eines ausführlichen Integrationskonzeptes
<i>Grit Wuschek</i> | BV-P-ö/07/0299 |
| 10 | Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der
Bürgerschaft | |
| 11 | Ende der Sitzung | |

Nichtöffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
- 3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 23.02.2023
- 4 Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt
- 5 Mitteilungen des Präsidenten unter anderem über nichtöffentlich gefasste Beschlüsse nach § 31 (3) der Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern
- 6 Beantwortung schriftlich innerhalb der Frist nach § 4 Abs. 2 S.1 der Hauptsatzung gestellter Fragen der Fraktionen
- 7 Beschlusskontrolle
- 8 Beratung der Beschlussvorlagen
- 8.1 Erwerb des Gebäudes Lange Straße 2 a BV-V/07/0748-01
neue Version am 20.04.2023
- 8.2 Bestellung zur Prüferin im Rechnungsprüfungsamt PV/07/0012
- 8.3 Vergabe eines Erbbaurechtes am Franz-Wehrstedt-Weg zur Schaffung von sozialem Wohnraum BV-V/07/0656-01
- 8.4 Anhörung im Rahmen einer Auftragsvergabe nach VOB BV-V/07/0747
Baumaßnahme: Erschließung B-Plan 114 - Verlängerte Scharnhorststraße / Straßenbau
Vergabe-Nr.: 66/23-01
- 8.5 Zwangsversteigerung von landwirtschaftlichen Flächen in Eldena BV-V/07/0751-01
neue Version am 19.04.2023
- 9 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft
- 10 Ende der Sitzung

Protokoll

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Der Präsident der Bürgerschaft

- . eröffnet die öffentliche Sitzung.
 - . gibt einige Hinweise zum Livestream:
 - Personen, die nicht gefilmt werden wollen, können das Mikrofon im hinteren Sitzungssaal (außerhalb des gefilmten Bereiches) nutzen.
 - Die Löschung des Livestreams nach der Sitzung könne unter Angabe von Sachgründen jederzeit beantragt und vom Präsidium genehmigt werden.
 - . fragt, ob sich jemand gegen die Film- bzw. Tonaufnahmen der anwesenden Presse ausspreche.
- Das ist nicht der Fall.
- . stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Der Präsident der Bürgerschaft

- . ruft den Tagesordnungspunkt auf.
- . informiert über:

neue Versionen

- zu TOP 9.1 „Durchführung eines Bürgerentscheides nach § 20 Abs. 3 KV M-V zur Verpachtung von städtischen Flächen für die Errichtung von Containerdörfern“ (BV-P-ö/07/0295-01)
- zu TOP 9.8 „Jahresabschluss 2019 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald“ (BV-V/07/0743-01)
- zu TOP 9.10 „Ergänzungsbeschluss zur Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2023/2024“ (BV-V/07/0750-01)
- zu TOP 9.19 „Elektroroller/ E-Scooter“ (BV-P-ö/07/0286-01)
- zu TOP 9.20 „Neuordnung der räumlichen OTV-Zuständigkeit des Areals "An der Sandfuhr"" (BV-P-ö/07/0287-03)

nachträgliche Vorlagen

- „Umbesetzungen OTV Eldena, OTV Schönwalde I/Südstadt, Bildungsausschuss“ (BV-P-ö/07/0297) der CDU-Fraktion
→ Einordnungsvorschlag: 9.2.2
- „Umbesetzung in der OTV Innenstadt Umbesetzung im Ausschuss für Bauwesen, Klimaschutz, Umwelt, Mobilität und Nachhaltigkeit“ (BV-P-ö/07/0298) der SPD-Fraktion
→ Einordnungsvorschlag: 9.2.3
- „Prüfauftrag an die Stadt Greifswald, vertr. durch Oberbürgermeister Dr. Fassbinder zur vorhandenen sozialen und wirtschaftlichen Situation der Stadt sowie die Erstellung eines ausführlichen Integrationskonzeptes“ (BV-P-ö/07/0299)

Frau Wuschek

. begründet die Dringlichkeit der Beschlussvorlage „Prüfauftrag an die Stadt Greifswald, vertr. durch Oberbürgermeister Dr. Fassbinder zur vorhandenen sozialen und wirtschaftlichen Situation der Stadt sowie die Erstellung eines ausführlichen Integrationskonzeptes“ (BV-P-ö/07/0299).

Der Präsident der Bürgerschaft lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung gesetzt werden soll:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	5

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

3 Bestätigung der Niederschriften

3.1 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 23.02.2023

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es besteht kein Änderungsbedarf.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Niederschrift abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	2

3.2 Bestätigung der Niederschrift der Sondersitzung vom 27.03.2023

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es besteht kein Änderungsbedarf.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Niederschrift abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	4

4 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner/innen

Der Präsident der Bürgerschaft

. ruft den Tagesordnungspunkt auf und weist darauf hin, dass gem. § 2 der Hauptsatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Fragestunde eine Zeit von 30 min vorgesehen ist.

Herr Leonard

- . stellt sich als einer der Initiatoren des Bürgerbegehrens hinsichtlich der Frage, ob städtische Flächen für Containerdörfer zur Unterbringung Geflüchteter zur Verfügung gestellt werden sollen, vor.
- . bedankt sich bei den beteiligten Bürgern, die sich mit ihrer Unterschrift für einen Bürgerentscheid ausgesprochen hätten.
- . stellt die Frage in den Raum, warum ein Bürger, der seit fünf Jahren in einer Gemeinschaftsunterkunft lebe, keine Wohnung erhalte.
- . übergibt dem Oberbürgermeister einen Brief von mehreren Bürgern, deren Anliegen sich auf eine Straße beziehe, die seit Jahren nur geflickt werde und sich daher in einem schlechten Zustand befinde.

Herr Radziwill

- . stellt seine Sicht hinsichtlich der Sondersitzung der Bürgerschaft am 27.03.2023 und den hier erlebten Umgang miteinander dar.
- . begrüßt es, dass den Bürgern die Möglichkeit eingeräumt worden sei, sich zu äußern.
- . hebt hervor, dass die Initiatoren des Bürgerbegehrens nicht gegen Migranten seien. Viele hätten Kontakt zu Migranten oder würden Freundschaften mit ihnen pflegen. Es gehe lediglich darum, eine menschenunwürdige Unterbringung zu vermeiden und eine geregelte und handhabbare Asylpolitik zu gestalten, ohne die eigene Gesellschaft zu überlasten. Die Darlegungen des Herrn Landrates Sack würden zeigen, dass bereits eine Überlastung bestehe. Sofern die Kapazitäten und offenen Fragen geklärt seien, könne die Integration strukturiert erfolgen.
- Neben der Aufnahme von Flüchtlingen sei es, seiner Meinung nach, ebenso die Aufgabe des Landkreises, zu erkennen, wann das Leistungspotenzial aufgebraucht sei. Dies müsse an die höher gestellten Institutionen herangetragen werden, um der Gesellschaft zu helfen. Eine kranke Gesellschaft sei nicht in der Lage, anderen zu helfen. In der jetzigen Situation würden schnelle Lösungen benötigt.
- . geht darauf ein, wie er sich verhalten würde, wenn er aus seinem Heimatland fliehen müsste.
- Es bestehe die Pflicht, alles dafür zu tun, einen möglichen dritten Weltkrieg zu verhindern.

Frau Nehmzow

. übt Kritik an einigen Fraktionen der Bürgerschaft, dem Oberbürgermeister sowie einigen Entscheidungen der Bürgerschaft und geht dabei auf die schlechte Lage des städtischen Haushalts ein.

. fordert eine Politik für die Bürger.

Herr Fischer

. berichtet, dass für ihn, aufgrund seiner Erlebnisse und Erfahrungen Solidarität und Hilfsbereitschaft selbstverständlich seien. Menschen in Not benötigen Hilfe.

. erinnert daran, dass alle Entscheidungsträger gewählt worden seien, um die Interessen der Bürger zu vertreten. Die Belange der Bürger sollten Triebkraft des Handelns sein.

. ist der Meinung, dass die älteren Menschen der Bevölkerung im Gegensatz zu Flüchtlingen weniger Aufmerksamkeit erhielten.

. zieht Vergleiche zu anderen Ländern.

. spricht sich eindeutig für den Bürgerentscheid aus.

Herr Vogelsang

. ist stellvertretend für die Eltern der Schüler der Klasse 3a der Karl-Krull-Grundschule anwesend. Ab der vierten Klasse dürften die Kinder aus Kapazitätsgründen den Hort nicht mehr besuchen. Bei drei von fünf staatlichen Grundschulen in Greifswald seien die Hortplätze nicht ausreichend. Oftmals seien jedoch beide Eltern beruflich tätig – teilweise sogar im Schichtdienst – sodass sie auf eine Fremdbetreuung der Kinder zwingend angewiesen seien.

Der Elternrat der Klasse habe bereits vieles unternommen und zu vielen Institutionen Kontakt aufgenommen, um eine Unterbringung der Kinder zu ermöglichen. Bislang zeichne sich allerdings keine Lösung ab.

. zitiert die aktuelle Rechtslage.

. bittet, dass auf eine Verbesserung hingewirkt und eine Betreuung der Kinder ab August sichergestellt werde.

Die Attraktivität der öffentlichen Schulen leide, wenn die privaten Schulen eine durchgängige Betreuung der Kinder anbiete. Zudem werde der Kontakt zu Gleichaltrigen für die Viertklässler eingeschränkt.

Die Stadt sollte zwingend mehr Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden, um zusätzliche Horträume zu schaffen. Kinder seien die Zukunft dieser Stadt. Die Eltern und die Mitglieder der Bürgerschaft, die die Rahmenbedingungen dafür schaffen, sollten das Bestmögliche versuchen, um die Kinderbetreuung sicherzustellen. Dabei sei jedes Geld gut investiert, da es eine Investition in die Zukunft sei.

Herr König

. bittet in Bezug auf das Anliegen von Herrn Vogelsang um eine Stellungnahme der Verwaltung.

Seiner Einschätzung nach versuche die Verwaltung bereits vieles zu ermöglichen, was sich allerdings oftmals als äußerst schwierig erweise.

5 Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Der Oberbürgermeister

. geht auf den Redebeitrag von Herrn Vogelsang ein und bestätigt die Situation, dass ab dem kommenden Schuljahr in der Innenstadt keine Hortplätze für die Viertklässler*innen zur Verfügung ständen. Der Eigenbetrieb „Hanse-Kinder“ und die Stadtverwaltung suchen bereits intensiv nach Lösungen. Allerdings sei es schwierig, in der Innenstadt geeignete Räumlichkeiten zu finden. Zusätzlich müssten die Betriebserlaubnis des Landkreises vorliegen und die Brandschutzanforderungen erfüllt sein. Eine mögliche Lösung könnte der Erwerb des Amtsgerichtes sein, in dem ein Teil als Hort für die Viertklässler verwendet werden könnte. Das Jugendamt habe hierzu bereits sein Einverständnis mitgeteilt.

. informiert über die nichtöffentlichen Beschlüsse der letzten Sitzung des Hauptausschusses. Die Übersicht wird als Anlage dem Tagesordnungspunkt beigelegt.

. geht auf den am 27.03.2023 gefassten Beschluss „Geflüchtete in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald“ (BV-P-ö/07/0292-02) ein und teilt mit, dass der Aufsichtsrat der Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH Greifswald (WVG mbH Greifswald) am 11.04.2023 sowie anschließend die Gesellschafterversammlung getagt hätten. In beiden Gremien sei beschlossen worden, dass die Geschäftsführung der WVG mbH Greifswald beauftragt werde, ab dem Geschäftsjahr 2023 bis ca. zum ersten Quartal 2024 bis zu 100 ungenutzte Wohnungen instand zu setzen. Dafür seien in einem bestimmten Umfang zusätzliche Mittel der Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH Greifswald eingestellt sowie die Gesellschaft beauftragt, die vom Land dafür in Aussicht gestellten Zuschüsse in Anspruch zu nehmen und gleichzeitig mit dem Landkreis Mietverträge auszuhandeln.

Anlage 1 Beschlussliste der nichtöffentlichen Beschlüsse des Hauptausschusses vom 27.03.2023 öffentlich

6 Mitteilungen des Präsidenten unter anderem über nichtöffentlich gefasste Beschlüsse nach § 31 (3) der Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern

Der Präsident der Bürgerschaft

. ruft den Tagesordnungspunkt auf.

In der letzten Sitzung der Bürgerschaft sowie außerhalb der Sitzung sei es mehrfach zu persönlichen Beleidigungen, Unterstellungen und zur Diskriminierung von Einzelnen, Mitgliedern der Bürgerschaft oder Gruppen gekommen.

. bittet darum, bei der Wortwahl und dem Umgang miteinander stets der Würde des Hauses gerecht zu werden.

7 Beantwortung schriftlich innerhalb der Frist nach § 4 Abs. 2 S.1 der Hauptsatzung gestellter Fragen der Fraktionen

keine

8 Beschlusskontrolle

keine Anmerkungen

9 Beratung der Beschlussvorlagen

9.1 Durchführung eines Bürgerentscheides nach § 20 Abs. 3 KV M-V zur Verpachtung von städtischen Flächen für die Errichtung von Containerdörfern BV-P-ö/07/0295-01

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Alexander Krüger

. widerspricht den Vorwürfen, dass die Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ, die SPD-Fraktion sowie die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein Bürgerbegehren verhindern wollen. Es liege eine klare rechtliche Einschätzung des Ministeriums für Inneres, Bau und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern sowie des Rechtsamtes der Stadtverwaltung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald vor, sodass es keinen Grund gebe, gegen das Bürgerbegehren zu stimmen.

. plädiert dafür, beim Bürgerentscheid mit „Ja“ zu stimmen.

In der letzten Sondersitzung habe sich die Bürgerschaft mehrheitlich für eine dezentrale Unterbringung ausgesprochen. Im Notfall könne die Stadt – je nach Ausgang des Bürgerentscheides – Flächen für die Unterbringung in Containern von bis zu 100 Menschen bereitstellen. Grund dafür sei, dass die Belegung von Turnhallen vermieden werden solle. Demnach werde die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dieser Beschlussvorlage zustimmen.

Seine Fraktion werbe für Solidarität, die dezentrale Unterbringung von Geflüchteten, Integration und das Ziel, die Sporthallen dem Sport vorzubehalten.

Frau Dr. Schwenke

. hebt hervor, dass der Bürgerentscheid ein demokratisches Instrument der Bürger*innen sei. Aus ihrer Sicht trage die mangelhafte Informationspolitik des Landkreises und der Universitäts- und Hansestadt Greifswald einen Teil zur derzeitigen Situation bei. Seit Herbst des letzten Jahres habe festgestanden, dass weitere Flüchtlinge eintreffen werden. Seitdem habe es genügend Zeit gegeben, um die Angelegenheit zu diskutieren und eine Lösung zu finden, die die Bevölkerung mittrage.

. macht deutlich, dass es für die Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ keine Option sei, die Unterbringung von Flüchtlingen in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald im Ganzen zu verhindern. Die Frage des Bürgerentscheides suggeriere, dass Containerdörfer gewollt seien. Die Bürgerschaft spreche sich jedoch mehrheitlich für eine dezentrale Unterbringung aus. Aufgrund der vom Landrat vorgestellten

Zahlen könne es dazu kommen, dass dezentrale Unterkünfte nicht schnell genug geschaffen werden könnten.

In dem Fall müssten sich die Menschen, die die Frage des Bürgerentscheides mit „Nein“ beantworten, bewusst sein, dass die Belegung der Sporthallen dann womöglich nicht mehr zu verhindern sei.

Die Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ übe Solidarität mit Geflüchteten und sei sich der daraus wachsenden Verantwortung bewusst.

Ihre Fraktion werde jedoch nicht einheitlich abstimmen. Grund dafür sei nicht die Nichtachtung des demokratischen Instruments, sondern die problematische Fragestellung des Bürgerentscheides aus den bereits genannten Gründen.

Herr Dr. Kerath

. teilt mit, dass die SPD-Fraktion der Beschlussvorlage zustimmen werde.

. bedankt sich für die ausführliche Stellungnahme des Rechtsamtes.

. merkt an, dass die Fragestellung etwas ungewöhnlich sei, denn wer die Intention des Bürgerbegehrens unterstützen wolle, müsse mit „Nein“ stimmen.

. ist der Meinung, dass es nicht möglich sei, über die Frage abzustimmen, ob die Universitäts- und Hansestadt Greifswald weitere Geflüchtete aufnehmen solle. Artikel 16a des Grundgesetzes sehe aus guten Gründen keine Obergrenze für die Aufnahme von Geflüchteten vor - es gebe keine Obergrenze für Menschlichkeit.

Wenn der Stadt das letzte Mittel – die vorübergehende Unterbringung in den Containern – aus der Hand genommen werde, werde eine Unterbringung in den Turnhallen riskiert.

. kritisiert den diesbezüglichen Beschluss des Kreistages.

. spricht sich dafür aus, beim Bürgerentscheid mit „Ja“ zu stimmen.

Frau Wuschek

. bedankt sich bei den Initiatoren des Bürgerbegehrens.

. wünscht sich, dass die Greifswalder Einwohner die Frage des Bürgerentscheides mit „Nein“ beantworten werden.

. kritisiert eine Aussage des Oberbürgermeisters, durch die bei ihr der Eindruck erweckt worden sei, dass er sich gegen einen Bürgerentscheid ausspreche.

. wertschätzt die ausführlichen, rechtlichen Stellungnahmen und erhofft sich derartige ebenfalls für andere Angelegenheiten.

Die Bürgerschaft sollte sich über die Beteiligung der Bürger an politischen Entscheidungen freuen und dies unterstützen.

Dieser Beschlussvorlage könne nur zugestimmt werden.

Der Oberbürgermeister

. verwehrt sich entschieden gegen die Unterstellung, den Bürgerentscheid verhindern zu wollen. Die Verwaltung habe sich ausführlich mit der Thematik befasst, damit der Bürgerentscheid aus rechtlichen Gründen nicht scheitere. Vor dem Verfahren seien die Initiatoren des Bürgerbegehrens eingeladen worden, um sie rechtlich zu beraten.

Herr Hochschild

. sagt, dass die CDU-Fraktion der Beschlussvorlage zustimmen werde und das Bürgerbegehren und den Bürgerentscheid unterstütze.

Herr Liedtke

. stellt klar, dass der Oberbürgermeister für die Universitäts- und Hansestadt Greifswald verantwortlich sei und die Bürgerschaft über derartige Themen rechtzeitig informieren müsse und nicht der Landrat.

Eine dezentrale Unterbringung werde der Containerlösung vorgezogen.

. fragt, was in der Zwischenzeit vom 30.11.2022 (Information des Oberbürgermeisters durch den Landrat) bis zum 23.02.2023 passiert sei. In diesem Zeitraum habe es eine Informationslücke gegenüber der Bürgerschaft gegeben.

Der Oberbürgermeister

- . informiert, was in dem von Herrn Liedtke angesprochenen Zeitraum geschehen sei: Es habe intensive Gespräche mit dem Landrat gegeben, bei denen eine gemeinsame Vorgehensweise vereinbart worden sei. Herr Landrat Sack habe hinsichtlich verschiedener Grundstücke angefragt. Die Stadtverwaltung habe unterschiedliche Flächen geprüft und vorgeschlagen. Der Landrat habe zwei Grundstücke in Betracht gezogen. Die Absprache lautete, dass nach Entscheidung des Landrates im Gremienlauf informiert werde. Allerdings habe Herr Landrat Sack vor Festlegung auf ein Grundstück und ohne Involvierung der Gremien die Öffentlichkeit informiert. Daraufhin habe der Oberbürgermeister die Bürgerschaft in Kenntnis gesetzt.
- . bedauert das Vorgehen des Landrats. Selbstverständlich werde die Bürgerschaft regelmäßig eingebunden.

Frau Dr. Wölk

- . macht deutlich, dass die Bürgerschaft nicht über die Anzahl der unterzubringenden Geflüchteten in Greifswald entscheiden könne. Die Bürgerschaft müsse sich der Aufgabe stellen, wie eine menschenwürdige Unterbringung sowie eine Integration aussehen und das Zusammenleben zukünftig gut gestaltet werden könne. Die Greifswalder*innen sollten nicht unterschieden werden, sondern es sollte überlegt werden, wie man gemeinsam diese Situation bewältigen könne.
- . wirbt dafür, der Beschlussvorlage zuzustimmen sowie im Bürgerentscheid mit „Ja“ zu stimmen.
- . bittet den Oberbürgermeister, mit der Bürgerschaft verstärkt ins Gespräch zu kommen.

Herr Gabel

- . macht deutlich, dass die Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ sich nicht gegen den Bürgerentscheid ausspreche. Die Fraktionen stellen sich der offenen Debatte und wollen mit den Menschen Gespräche führen.
- . ruft dazu auf, beim Bürgerentscheid mit „Ja“ zu stimmen.

Herr Jörg-Uwe Krüger

- . hofft, dass der Beschlussvorlage einstimmig zugestimmt werde.

Herr Ziola

- . merkt an, dass aus seiner Sicht die Asylpolitik verfehlte Europapolitik sei. Im Europaparlament hätten Regeln festgelegt werden müssen, die die Migration lenken. Dezentrale Unterbringung sei gut gemeint, aber es sei bekannt, dass in Greifswald kaum bezahlbarer Wohnraum für die derzeitigen Einwohner bestehe. Die Konsequenz sei die Inanspruchnahme von Containerdörfern oder Turnhallen.

Herr Burmeister

- . informiert, dass die Fraktion BG/FDP/KfV der Beschlussvorlage zustimmen werde.
- . stimmt Frau Dr. Schwenke zu, dass es bei der Angelegenheit erhebliche Kommunikationsprobleme gegeben habe. Womöglich müsse von der Stadtverwaltung ein anderer Umgang mit den Bürgern eingefordert werden.

Herr Kerl

- . möchte wissen, wie viele abschiebepflichtige, zugezogene Bürger in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald leben.
- . stellt klar, dass die letztendliche Entscheidung auf Landesebene getroffen werde.

Herr Hochschild

- . teilt mit, dass im gesamten Land 304.000 Menschen ohne Aufenthaltsrecht leben würden. Solange sich nichts an der politischen Entscheidung auf Bundesebene ändere, ändere sich

nichts an der Situation der Kommunen.

Frau Socher

. sagt, dass sie vielen bereits getroffenen Aussagen zustimmen könne. Allerdings handele es sich hierbei um Angelegenheiten, die nicht in der Entscheidungskompetenz der Stadt lägen. Es gebe Gesetze, die einzuhalten seien.

. berichtet aus der Dringlichkeitssitzung des Kreistages am 27.02.2023, in der sie den Landrat gefragt habe, ob tatsächlich geplant sei, 286 Container neben der Schule zu errichten. Dies sei bestätigt worden. Die Mitglieder des Kreistages hätten anschließend mehrheitlich zugestimmt. Dies sei der Auslöser für die derzeitige Situation in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald. Dabei sei die Unterbringung in den Containern das letzte Mittel, was herangezogen werden sollte.

Frau Horn

. ist der Meinung, dass die Ursachen für die momentane Lage nicht in den politischen Entscheidungen auf Bundesebene lägen, sondern z. B. in Erdbebengebieten in Syrien und der Türkei oder in Kriegsgebieten.

Herr Jörg-Uwe Krüger

. beantragt im Namen seiner Fraktion namentliche Abstimmung.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt namentlich über die Beschlussvorlage abstimmen.

Mitglied der Bürgerschaft	JA	NEIN	ENTHALTUN
Herr Ibrahim Al Najjar	X		
Herr Johannes Barsch	X		
Herr Ulf Burmeister	X		
Frau Camille Damm	X		
Frau Rita Duschek	X		
Herr Robert Gabel			X
Frau Yvonne Görs	X		
Herr Prof. Dr. Frank Hardtke	X		
Frau Dr. Tjorven Hinzke	X		
Herr Axel Hochschild	X		
Frau Katharina Horn	X		
Frau Anja Hübner			X
Frau Antonia Linea Huhn			X
Herr Heiko Jaap	X		
Herr Lutz Jesse	X		
Herr Dr. Jörn Kasbohm	X		

Mitglied der Bürgerschaft	JA	NEIN	ENTHALTUN
Herr Dr. Andreas Kerath	X		
Herr Thomas Kerl	X		
Herr Gamal Khalil	abwesend		
Herr Jörg König	X		
Herr Nikolaus Kramer	entschuldigt		
Herr Alexander Krüger	X		
Herr Jörg-Uwe Krüger	X		
Herr Christian Kruse	X		
Herr Jürgen Liedtke	X		
Herr Egbert Liskow	X		
Herr Dr. Thomas Meyer	X		
Herr Prof. Dr. Markus Münzenberg	X		
Herr Christoph Oberst	X		
Herr Gerd-Martin Rappen	entschuldigt		
Herr Stephan Reuken	X		
Frau Dr. Mignon Schwenke	X		
Herr Daniel Seiffert	X		
Frau Birgit Socher	X		
Herr Prof. Dr. Thomas Stamm-Kuhlmann	X		
Frau Prof. Dr. Madeleine Tolani	X		
Herr Dr. Jörg Valentin	X		
Herr Marco Wandrey	X		
Frau Kira Wisnewski	X		
Frau Dr. Monique Wölk	X		
Frau Katja Wolter	X		
Frau Grit Wuschek	X		
Herr Ingo Ziola	X		

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Durchführung

eines Bürgerentscheides nach § 20 Abs. 3 KV M-V am 18.06.2023 zur Frage:

„Sind Sie dafür, dass im Eigentum der Universitäts- und Hansestadt Greifswald stehende Grundstücke zwecks Errichtung von Containerdörfern zur Unterbringung von Geflüchteten an den Landkreis Vorpommern-Greifswald verpachtet werden?“

Die Durchführung des Bürgerentscheides bestimmt sich nach §§ 17 und 18 der KV-DVO M-V.

Die Bürgerschaft genehmigt den angehängten Organisationsvorschlag der Verwaltung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
37	0	3

Anlage 1 Organisationsvorschlag der Verwaltung zur Durchführung des Bürgerentscheides öffentlich

Anlage 2 Beantragung eines Bürgerentscheides durch die Initiatoren nichtöffentlich

Anlage 3 Prüfbericht der Verwaltung zum Bürgerbegehren öffentlich

9.2 Besetzungen

9.2.1 Umbesetzungen

BV-P-ö/07/0294

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die nachfolgenden Umbesetzungen:

Ortsteilvertretung Ostseeviertel

Gerhard Meyersieck wird als Mitglied abberufen.

Ludwig Spring wird als stellvertretendes Mitglied abberufen.

Ludwig Spring wird als Mitglied berufen.
Thomas Meyer wird als stellvertretendes Mitglied berufen.

Hauptausschuss

Anica Jeske wird als stellvertretendes Mitglied abberufen.
Katja Wolter wird als stellvertretendes Mitglied berufen.

Ausschuss für Soziales, Jugend, Sport, Inklusion, Integration, Gleichstellung und Wohnen

Anica Jeske wird als Mitglied abberufen.
Marco Wandrey wird als Mitglied berufen.

Ausschuss für Bauwesen, Klimaschutz, Umwelt, Mobilität und Nachhaltigkeit

Thomas Wellnitz wird als Mitglied abberufen.
Marco Wandrey wird als Mitglied berufen.

Anica Jeske wird als stellvertretendes Mitglied abberufen.
Frank Hardtke wird als stellvertretendes Mitglied berufen.

Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, Digitalisierung und öffentliche Ordnung

Anica Jeske wird als stellvertretendes Mitglied abberufen.
Marco Wandrey wird als stellvertretendes Mitglied berufen.

Ausschuss für Bildung, Kultur, Universität, internationale Beziehungen und Wissenschaft

Friedrich Röper wird als stellvertretendes Mitglied abberufen.
Thomas Meyer wird als stellvertretendes Mitglied berufen.

Rechnungsprüfungsausschuss

Anica Jeske wird als Mitglied abberufen.
Marco Wandrey wird als Mitglied berufen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

9.2.2 Umbesetzungen OTV Eldena, OTV Schönwalde I/Südstadt, Bildungsausschuss

BV-P-ö/07/0297

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft beruft Frau Sandra Schacht als stellvertretendes Mitglied der Ortsteilvertretung Eldena.

Die Bürgerschaft beruft Frau Ulrike Gochermann als stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für Bildung, Kultur, Universität, internationale Beziehungen und Wissenschaft ab.

Die Bürgerschaft beruft Herrn Klaus Riediger als stellvertretendes Mitglied der Ortsteilvertretung Schönwalde I/Südstadt ab.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

9.2.3 Umbesetzung in der OTV Innenstadt

**Umbesetzung im Ausschuss für Bauwesen, Klimaschutz,
Umwelt, Mobilität und Nachhaltigkeit**

BV-P-ö/07/0298

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Herr Michael Hosang wird aus der Ortsteilvertretung Innenstadt abberufen.

Herr Alexander Wawerek wird in die Ortsteilvertretung Innenstadt berufen.

Herr Michael Hosang wird aus dem Ausschuss für Bauwesen, Klimaschutz, Umwelt, Mobilität und Nachhaltigkeit abberufen.

Frau Nina Siermann wird in den Ausschuss für Bauwesen, Klimaschutz, Umwelt, Mobilität und Nachhaltigkeit berufen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Der Oberbürgermeister bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr Oberst

. ist sehr dankbar, dass die Patenschaft vor ca. zwei Jahren zustande gekommen sei. Greifswald habe einen direkten Bezug zur Seenotrettung. Die Patenschaft stärke den Beschluss zum sicheren Hafen.

Die Zahl der Toten im Mittelmeer sei laut Internationaler Organisation für Migration der UNO im ersten Quartal 2023 so hoch, wie seit sechs Jahren nicht mehr. Als Grund für diesen Anstieg würden Verspätungen und Lücken bei den europäischen Rettungsmissionen genannt.

Aus seiner Sicht sollte Europa legale und sichere Fluchtrouten schaffen. Keiner sollte ertrinken müssen.

Greifswald könnte einen kleinen Beitrag leisten und sollte dies auch tun.

. bittet, der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Frau Prof. Dr. Tolani

. findet, dass die Beschlussvorlage in der jetzigen Situation, in der es dringend notwendig sei, die Migration nach Europa und in die Bundesrepublik Deutschland zu steuern und zu begrenzen, die falschen Anreize setze. Seenotrettung sei für humanitäre Notsituationen gedacht. Menschen in Seenot zu retten – und zwar in allen Weltmeeren – sei selbstverständlich. Vereine würden jedoch mit ihren professionellen Aktivitäten das Geschäft von Schlepperbanden befördern. Diese ermöglichen illegale Migration nach Europa, die es zu verhindern gelte. Demzufolge müsse auch das Grundrecht in § 16a dringend reformiert werden. Die Belastungsgrenzen seien erreicht.

. ist der Meinung, dass die Universitäts- und Hansestadt Greifswald sich auf ihre Aufgaben im eigenen Wirkungskreis konzentrieren sollte.

. sieht bei der Beschlussvorlage keinen konkreten Bezug zur Kommunalpolitik.

Frau Dr. Schwenke

. geht auf den an der Beschlussvorlage beiliegenden Bericht ein. Man könne erkennen, dass die Sea-Eye 4 Menschen rette. Die Unterstützung des Vereins sei nach der Erklärung Greifswalds zum sicheren Hafen folgerichtig. Die Pläne, die aus der Beschlussvorlage hervorgingen, die Informations- und Aufklärungsarbeit in der Zivilgesellschaft der Stadt zu verstärken, seien wichtiger denn je. Es sei von Bedeutung, aufzuklären, warum sich Menschen auf diesen gefährlichen Weg begäben.

. widerspricht dem vorgebrachten Argument, Schlepperbanden damit zu unterstützen. Das Schlepperwesen ende erst dann, wenn die Menschen sich nicht mehr auf den Weg begäben. Solange nicht menschenwürdige Verhältnisse in den Ländern existieren, aus denen die Menschen flüchten, solange müsse Solidarität geübt werden.

Der Oberbürgermeister

. stellt klar, dass es hierbei nicht um Außenpolitik gehe, sondern um Menschenleben.

. sieht es als moralische Pflicht an, zu verhindern, dass diese Menschen ertrinken.

Frau Wuschek

. versteht, dass den Menschen geholfen werden sollte. Allerdings habe die Stadt eine Pflicht gegenüber ihren Vereinen und Organisationen, die die Hilfe dringend benötigen.

Aufgrund des Haushaltes müsse jede Ausgabe überlegt und geprüft werden. Greifswald habe die städtischen Aufgaben zu erfüllen und das Interesse der Bürger zu vertreten.

. könne dieser Beschlussvorlage bei diesen Defiziten im Haushalt und der Not vieler Vereine vor Ort nicht zustimmen.
Private Spenden seien davon unbenommen.

Herr Alexander Krüger

. sagt, dass keine Unterscheidung gemacht werden sollte, wo ein Mensch ertrinke. Auch spiele es dabei keine Rolle, warum dieser Mensch auf einem Boot sei. Menschen ertränken nur einmal und seien unwiederbringlich verloren. Dies könne die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht mittragen und daher sei es jeden Cent wert, damit die Menschen zu retten.

Herr Dr. Kasbohm

. ist froh, dass die Beschlussvorlage in der Form eingebracht worden sei.

Herr König

. geht auf das Grundrecht ein, dass die Würde des Menschen unantastbar sei. Das bedeute auch, dass ein Mensch, der im Mittelmeer sterbe, nicht weniger wert sei, als beispielsweise ein Greifswalder. 2 TEUR seien hier eher ein symbolischer Wert.

. befürwortet, dass die Universitäts- und Hansestadt Greifswald zumindest einen kleinen Beitrag dazu leiste, dass der eine oder andere seine Flucht überlebe.

Frau Prof. Dr. Tolani

. sieht als Problem, dass suggeriert werde, dass jeder kommen und bleiben könne. Es gebe allerdings grundlegende Schwierigkeiten.

Die Probleme der hiesigen Bevölkerung würden nicht ernst genommen.

Herr Jörg-Uwe Krüger

. teilt mit, dass niemand wolle, dass Menschen ertränken. Allerdings liege dies größtenteils an Schlepperbanden.

. beantragt im Namen der AfD-Fraktion in der Greifswalder Bürgerschaft namentliche Abstimmung.

Herr Kerl

. möchte wissen, wie die im Bericht genannten Kommunikationskosten in Höhe von 244 TEUR im Jahr zustande kämen.

Herr Dr. Kerath

. kritisiert den Vorwurf, dass Sea-Eye 4 mit Schlepperbanden in Zusammenhang gebracht werde.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt namentlich über die Beschlussvorlage abstimmen.

Mitglied der Bürgerschaft	JA	NEIN	ENTHALTUN
Herr Ibrahim Al Najjar	X		
Herr Johannes Barsch	X		
Herr Ulf Burmeister		X	
Frau Camille Damm	X		
Frau Rita Duschek	X		
Herr Robert Gabel	X		

Mitglied der Bürgerschaft	JA	NEIN	ENTHALTUN
Frau Yvonne Görs	X		
Herr Prof. Dr. Frank Hardtke		X	
Frau Dr. Tjorven Hinzke	X		
Herr Axel Hochschild		X	
Frau Katharina Horn	X		
Frau Anja Hübner	X		
Frau Antonia Linea Huhn	X		
Herr Heiko Jaap		X	
Herr Lutz Jesse		X	
Herr Dr. Jörn Kasbohm	X		
Herr Dr. Andreas Kerath	X		
Herr Thomas Kerl		X	
Herr Gamal Khalil	abwesend		
Herr Jörg König	X		
Herr Nikolaus Kramer	entschuldigt		
Herr Alexander Krüger	X		
Herr Jörg-Uwe Krüger		X	
Herr Christian Kruse		X	
Herr Jürgen Liedtke		X	
Herr Egbert Liskow		X	
Herr Dr. Thomas Meyer		X	
Herr Prof. Dr. Markus Münzenberg	X		
Herr Christoph Oberst	X		
Herr Gerd-Martin Rappen	entschuldigt		
Herr Stephan Reuken		X	
Frau Dr. Mignon Schwenke	X		
Herr Daniel Seiffert	X		
Frau Birgit Socher	X		
Herr Prof. Dr. Thomas Stamm-Kuhlmann	X		

Mitglied der Bürgerschaft	JA	NEIN	ENTHALTUN
Frau Prof. Dr. Madeleine Tolani		X	
Herr Dr. Jörg Valentin		X	
Herr Marco Wandrey		X	
Frau Kira Wisnewski	X		
Frau Dr. Monique Wölk	X		
Frau Katja Wolter		X	
Frau Grit Wuschek		X	
Herr Ingo Ziola		X	

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Die Universitäts- und Hansestadt Greifswald setzt ihre Schiffspatenschaft für das Seenotrettungsschiff SEA-EYE 4 von Sea-Eye e.V. für weitere zwei Jahre (2023 und 2024) fort und unterstützt die Arbeit des Vereins 2023 und 2024 jährlich mit einem Zuschuss von 2.000,00 €.

In 2024 wird die Patenschaft erneut evaluiert und über eine mögliche Fortsetzung entschieden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
22	18	0

Anlage 1 Sea-Eye_Jahresbericht_2020-2021 öffentlich

Anlage 2 Patenschaftskonzept_SEA-EYE 4_Greifswald öffentlich

9.4 Geänderter Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes „Hanse-Kinder“ 2023

BV-V/07/0735

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Herr Jörg-Uwe Krüger befindet sich während der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt den geänderten Wirtschaftsplan 2023 für den Eigenbetrieb Hanse-Kinder.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

Anlage 1 EB_Wirtschaftsplan-2023-Erläuterung-Änderungen öffentlich

Anlage 2 Vorwort zum wirtschaftsplan 2023 öffentlich öffentlich

Anlage 3 Wirtschaftsplan 2023 öffentlich öffentlich

9.5 Charta der Vielfalt

BV-V/07/0715

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Frau Horn

- . begrüßt die ausführliche Begründung der Stadtverwaltung in der Beschlussvorlage. Menschen schauen sich im Zusammenhang mit Jobangeboten die Stadt, deren Engagement, Vernetzung und Leitwerte an. Die Mitzeichnung der Charta der Vielfalt sei ein Argument, um sich für die Stadt zu entscheiden.
- . bittet um Zustimmung zur Beschlussvorlage.

Frau Prof. Dr. Tolani

- . hält die Inhalte der Beschlussvorlage für Selbstverständlichkeiten.
 - . stellt die Frage in den Raum, was die Unterstützung und Durchführung von öffentlichen Veranstaltungen (Punkt 3) für Kosten mit sich bringe.
 - . geht auf einzelne Punkte der Beschlussvorlage ein.
- Seitens der CDU-Fraktion gebe es vielfältige Bedenken, weshalb die Fraktion der Beschlussvorlage nicht zustimmen werde.

Frau Damm

- . sieht die Charta der Vielfalt als große Chance, die Stadt Greifswald als Arbeitgeberin attraktiv zu gestalten und marktfähig zu halten. Die heutige Arbeitswelt sei aufgrund vieler Möglichkeiten von einer hohen Personalfuktuation geprägt. In den kommenden Jahren würden zunehmend Menschen in den Ruhestand eintreten, wodurch Arbeitslücken entstünden. Nachhaltige, langfristige und sichere Arbeitsverhältnisse würden allein als Anreiz nicht mehr ausreichen. Die Wahl auf die Universitäts- und Hansestadt Greifswald könne durch ein angenehmes Arbeitsumfeld, eine flexible, familienfreundliche Zeitgestaltung, Toleranz und Vielfalt sowie soziale Angebote fallen.
 - . sieht darin, die inhaltlichen Chancen und Anreize dieser Beschlussvorlage.
- Entgegen der Diskussion in den Fachausschüssen, dass die Vorlage gegen Artikel 33 Abs. 2

des Grundgesetzes verstoße, setze die Charta der Vielfalt bereits vor dem Bewerbungsverfahren ein.

. bedankt sich bei der Verwaltung für diese Beschlussvorlage.

Frau Dr. Schwenke

. berichtet von der Diskussion aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend, Sport, Inklusion, Integration, Gleichstellung und Wohnen am 06.03.2023. Die Charta der Vielfalt wende sich zu Gunsten von Menschen an Entscheidungsträger, die auf irgendeine Weise anders seien. Sie wende sich an Menschen mit Einschränkungen, unterschiedlicher sexueller Orientierung oder Migrationshintergrund. Zudem gehe es hierbei um die Stärkung der Familienfreundlichkeit.

. ist der Meinung, dass die Charta der Vielfalt sehr gut zum Image von Greifswald passe.

Frau Wolter

. berichtet von Erfahrungen aus ihrer Mitgliedschaft in der Charta der Vielfalt.

. ist der Meinung, dass die Universitäts- und Hansestadt Greifswald bereits sehr gut aufgestellt sei.

. spricht sich nicht gegen die aufgeführten Maßnahmen aus, aber ist der Meinung, dass diese zum Großteil bereits umgesetzt würden. Die Projektgelder hierfür sollten eingespart werden.

. sieht keinen innovativen Fortschritt in den Projekten der Charta der Vielfalt.

Herr Liedtke

. vertritt den Standpunkt, dass die Mitarbeiter der Personalabteilung der Stadtverwaltung in diesem Bereich geschult seien und schließt sich daher den Worten von Frau Wolter an.

Herr König

. hält die Beschlussvorlage für zustimmungsfähig unter der Maßgabe, dass keine Kosten entstünden. Ein Schaden sei daraus nicht erkennbar; im Gegenteil – möglicherweise sei dadurch ein Mehrwert erreichbar. Dieser sei dringend notwendig, denn auch in der Verwaltung bestünde ein Fachkräftemangel, dem entgegen gewirkt werden sollte.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Herr Ziola befindet sich zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Die Universitäts- und Hansestadt Greifswald unterzeichnet die Charta der Vielfalt. Dieses Bekenntnis wird mit einer Reihe von konkreten Maßnahmen zur Implementierung der interkulturellen und diversitätsorientierten Öffnung der Stadtverwaltung umgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
22	16	2

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Gemäß § 9 Abs. 3 des Gesetzes über Wahlen im Land Mecklenburg-Vorpommern (LKWG M-V) vom 16.12.2010 (GVOBl. M-V 2010, S. 690), zuletzt geändert durch Gesetz vom 03.12.2022 (GVOBl. M-V S. 586) wählt die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald Herrn Bastian König zum stellvertretenden Gemeindevahlleiter. Gleichzeitig scheidet Frau Juliane Kruse als stellvertretende Gemeindevahlleiterin gemäß § 9 Abs. 4 LKWG M-V aus ihrem Amt aus.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
39	0	1

**9.7 Prüfbericht und Prüfvermerk des Jahresabschlusses
2019 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald**

BV-P-ö/07/0290-01

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Rechnungsprüfungsausschuss legt der Bürgerschaft den abschließenden Prüfvermerk als Grundlage für die Beschlussfassung zur Feststellung des Jahresabschlusses 2019 vor.

1. Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald nimmt den Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2019 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald des Rechnungsprüfungsamtes zur Kenntnis und macht sich diesen zu eigen.
2. Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister, die Beanstandungen aus der Prüfung des Jahresabschlusses 2019 zeitnah auszuräumen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
39	0	1

Anlage 1 Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes öffentlich

Anlage 2 Prüfvermerk des Rechnungsprüfungsamtes öffentlich

Anlage 3 Prüfvermerk des Rechnungsprüfungsausschusses öffentlich

9.8 Jahresabschluss 2019 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald **BV-V/07/0743-01**

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Ziola

. weist als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses darauf hin, dass die Verwaltung sich befeißigen müsse, die Dienstanweisungen stärker durchzusetzen sowie besser zu formulieren. Einige Beanstandungen seien vorgelegt worden, die es zu beheben gelte.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt

1. gemäß § 60 Abs. 5 Satz 1 KV M-V den geprüften Jahresabschluss der Stadt für das Haushaltsjahr 2019 festzustellen.
2. gemäß § 60 Abs. 5 Satz 2 KV M-V dem Oberbürgermeister die Entlastung für das Haushaltsjahr 2019 zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
39	0	1

Anlage 1 Jahresabschluss 2019_web öffentlich

9.9 Ergänzungsbeschluss zur Haushaltssatzung des Städtebaulichen Sondervermögens 162 - "Stadtteil mit besonderem Entwicklungsbedarf - Fleischervorstadt" der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2023 / 2024 **BV-V/07/0749**

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Frau Huhn befindet sich zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Ergänzung zur Haushaltssatzung des Städtebaulichen Sondervermögens 162 – „Stadtteil mit besonderem Entwicklungsbedarf – Fleischervorstadt“ der Universitäts- und Hansestadt Greifswald.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
38	0	1

- Anlage 1 00 -geänderte HS 162 2023-2024 - 04.04.2023 öffentlich

- Anlage 2 01 - geänderter Vorbericht 2022 162 - 04.04.2023 öffentlich

- Anlage 3 02 - geänderte Entwicklung der wichtigsten Erträge-Auswendungen und Einzahlung-Auszahlungen 2023-2024 - 04.04.2023 öffentlich

- Anlage 4 03 - geändertes Investitionsprogramm 2023-2024 -162 - 04.04.2023 öffentlich

- Anlage 5 04 - geänderter EH 162 - 2023-2024 04.04.2023 öffentlich

- Anlage 6 05 - geänderte ÜEA 162 - 2023-2024 04.04.2023 öffentlich

- Anlage 7 06 - geänderter FH 162 - 2023-2024 04.04.2023 öffentlich

**9.10 Ergänzungsbeschluss zur Haushaltssatzung der
Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die
Haushaltsjahre 2023/2024**

BV-VI/07/0750-01

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Dr. Kerath

. teilt mit, dass die SPD-Fraktion dieser Beschlussvorlage nicht zustimmen werde. Die ehemalige Nutzung des Amtsgerichtes erlaube nicht, dieses Gebäude in geeigneter Form weiter zu verwenden. Erhebliche Kosten seien bei diesem Vorhaben nicht berücksichtigt worden. Aktuell seien alle Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung mit Arbeitsplätzen versorgt. So würden nicht nur Kosten für den Umbau, sondern auch für die anzuschaffenden Möbel anfallen. Das Gebäude sei über 25 Jahre alt, sodass hierbei erhebliche finanzielle Mittel für

zukünftige Instandhaltungsmaßnahmen eingepreist werden müssten. In Zeiten, wie diesen, könne die Stadt sich keine weiteren Schulden leisten.

. betont, dass die Schulen derzeit die höchste Priorität hätten.

. ist der Meinung, dass man zuerst über die Organisation der Verwaltung und anschließend über Räumlichkeiten hätte nachdenken sollen. Zudem gebe es unterschiedliche Arbeitsmöglichkeiten, wie beispielsweise Homeoffice oder die 4-Tage-Woche.

. sieht das Problem der fehlenden Hortplätze. Allerdings liege der Ursprung in dem noch nicht begonnenen Bau des Schulzentrums. Es sei mehrfach auf die Eilbedürftigkeit hingewiesen worden.

. beantragt im Namen seiner Fraktion namentliche Abstimmung.

Der Oberbürgermeister

. stellt klar, dass die Verwaltung selbstverständlich von den Nutzungsanforderungen ausgehe und anschließend nach Gebäuden suche. Für die Innenstadt sei das Amtsgericht eine sehr gute Lösung.

Das Gebäude konnte heute besichtigt werden. Für die Unterbringung des Hortes sei es sehr gut geeignet. Es habe eine optimale verkehrliche Anbindung und diese Lösung sei nicht teurer als die Beibehaltung der jetzigen Situation – allerdings unter besseren Bedingungen.

Die Stadt befinde sich im Wettbewerb um Fachkräfte und dafür müssten gute Arbeitsbedingungen aufgezeigt werden. Gute Arbeitsplätze, Arbeitsbedingungen und eine gute Arbeitsumgebung seien entscheidende Faktoren. Nebenbei werde die Hortproblematik in der Innenstadt gelöst.

Herr Liedtke

. bedauert, dass diese Beschlussvorlage nicht im Ausschuss für Bauwesen, Klimaschutz, Umwelt, Mobilität und Nachhaltigkeit beraten worden sei.

. vermutet, dass der Bau nicht ökologisch sei.

. fragt in diesem Zusammenhang, wie viel Geld in dieses Gebäude investiert werden solle.

. sagt, dass die CDU-Fraktion dieser Beschlussvorlage nicht zustimmen werde.

Frau Wuschek

. macht auf die bereits geplanten Kreditaufnahmen in Höhe von 43,8 Mio. EUR im Haushalt 2023/24 aufmerksam. Durch dieses Projekt würden weitere Kosten hinzukommen.

. fragt, warum dieses Anliegen erst nach der Haushaltsdebatte und sehr kurzfristig der Bürgerschaft vorgelegt werde.

. bittet um ausführliche Informationen u. a. zu folgenden Fragen:

- Wie hoch sei am Ende der konkrete Kaufpreis?
- Wie hoch seien die Nebenkosten des Erwerbs bezogen auf den Kaufpreis?
- Werde das Objekt renoviert übergeben samt technischer Nachweise für die technische Gebäudeausrüstung?
- Gebe es einen Energieausweis?
- Wie hoch seien die jährlichen Betriebs- und Nebenkosten?
- Wann habe die letzte Instandhaltung/Modernisierung stattgefunden?
- Entstünden möglicherweise Kosten für die Anpassung bzw. Änderung der Heizung?
- Wie alt sei die Heizungstechnik?
- Sei eine Lüftungs- und Klimatechnik vorhanden und wie alt sei diese?
- Mit welcher Ausstattung und Möblierung werde das Objekt angeboten?

. weist darauf hin, dass die Stadtverwaltung bereits eigene Verwaltungsgebäude besitze, die von solchen Summe saniert werden könnten.

. könne dieser finanziellen Belastung für den städtischen Haushalt nicht zustimmen.

Der Oberbürgermeister

. teilt mit, dass die meisten von Frau Wuschek genannten Fragen bereits in der nichtöffentlichen Beschlussvorlage beantwortet worden seien.

Die Voraussetzung dafür, dass er der Bürgerschaft dieses Gebäude vorschlage, seien die damit verbundenen Kosten. Dieses Objekt dürfe nicht mehr Kosten verursachen, als derzeit

für die bestehenden ausgegeben werde. Dies sei nur durch den Einzug des Hortes gewährleistet.

Herr Lerm

. berichtet, dass durch die heutige Besichtigung womöglich deutlich geworden sei, dass bei dem Gebäude kein erheblicher Sanierungsbedarf bestehe. Das Objekt sei bezugsfertig und betriebsbereit. Die Räumlichkeiten seien für eine Verwaltung sehr gut geeignet. Nach Auszug des Hortes – sobald das Schulzentrum fertiggestellt sei – biete es die Möglichkeit, etwas großzügiger hinsichtlich der Besprechungs- und Sozialräume zu agieren. Die eigenen Auszubildenden und Studierenden hätten derzeit keine vernünftigen Arbeitsplätze, was langfristig geändert werden solle.

. geht auf die derzeitige Haushaltsproblematik ein und zeigt die Möglichkeit der Einzelfallprüfung des Ministeriums für Inneres, Bau und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern auf. Hierbei werde die wirtschaftliche Darstellung der Investition geprüft. Andernfalls werde dieses Vorhaben nicht durch das Ministerium genehmigt. Wenn das Objekt erworben werde, stünden die Kosten im Anlagevermögen (andernfalls im Aufwand). Dies sei ein entscheidender Vorteil.

. wirbt für die Beschlussvorlage.

Bezugnehmend auf die Ökologie des Gebäudes habe die Stadt durch den Kauf größere Möglichkeiten, hierauf Einfluss zu nehmen.

. macht im Hinblick auf die von Frau Wuschek geforderten Informationen darauf aufmerksam, dass die Fragen u. a. zum Teil in das tägliche Verwaltungshandeln eingreifen.

Herr Alexander Krüger

. dankt der Verwaltung für die Möglichkeit der Begehung des Gebäudes.

. bittet die Verwaltung, das Objekt intensiv zu untersuchen und die angegebenen Zahlen zu überprüfen. Letztendlich entscheide das Ministerium für Inneres, Bau und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern, ob die Universitäts- und Hansestadt Greifswald einen Kredit aufnehmen dürfe oder nicht.

. wirbt für die Zustimmung zu dieser Beschlussvorlage.

. sieht für die dazugehörige Beschlussvorlage im nichtöffentlichen Teil einen Geschäftsordnungsantrag vor, die Beschlussvorlage in den nächsten Sitzungszyklus zu vertagen.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bittet um Vorlage eines Raumebelegungsplanes.

. widerspricht der Aussage, dass das Gebäude nicht für die Verwaltung geeignet sei, aber auch der Aussage, dass das Objekt bezugsfertig sei.

. schlägt dem Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen sowie dem Ausschuss für Bauwesen, Klimaschutz, Umwelt, Mobilität und Nachhaltigkeit vor, in den in Rede stehenden Räumlichkeiten zu tagen.

Herr Burmeister

. ist der Meinung, dass die aufgeführten Kosten nicht alles umfassen. Zudem gebe es für Kinderbetreuungseinrichtungen andere Anforderungen.

. wird der Beschlussvorlage nicht zustimmen.

Herr Dr. Kerath

. bezieht sich auf den Vorschlag von Herrn Alexander Krüger und sagt, dass bevor dieser Beschlussvorlage zugestimmt werden könne, bekannt sein müsse, wie viel Geld insgesamt benötigt werde.

Es gehe nicht lediglich darum, ob der Kredit genehmigt werde, sondern auch darum, ob er bedient werden könne. Zudem sei u. a. der Tarifabschluss im Öffentlichen Dienst noch nicht vollständig im Haushalt eingepreist.

Herr Dr. Meyer

. sagt, dass er dieser Beschlussvorlage sowie der Vertagung der nichtöffentlichen Beschlussvorlage zustimmen werde. Dies bedeute nicht, dass die Fraktion nachträglich dem

Haushalt zustimme. An der Besichtigung hätte, aufgrund der Uhrzeit, der Großteil der angefragten Personen nicht teilnehmen können. Durch eine Vertagung werde die Möglichkeit eines erneuten Besichtigungstermins geschaffen.

Herr Alexander Krüger

. bringt einen Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein. Folgender Passus soll unter dem Beschlussvorschlag ergänzt werden:

Sperrvermerk:

Sollte das Ministerium für Inneres, Bau und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern die Kredite genehmigen, sind diese ausschließlich für einen etwaigen Ankauf der Langen Straße 2a zu verwenden.

Der Oberbürgermeister

. teilt mit, dass die Verwaltung diesen Änderungsantrag übernehme.

. sagt, dass die von Herrn Dr. Kerath aufgezeigten Probleme auf die Stadtverwaltung zukommen würden. Allerdings seien sie größer, wenn an dem jetzigen Zustand festgehalten werde, da das hier vorgeschlagene Gebäude kostengünstiger sei.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt namentlich über die geänderte Beschlussvorlage abstimmen.

Mitglied der Bürgerschaft	JA	NEIN	ENTHALTUN
Herr Ibrahim Al Najjar		X	
Herr Johannes Barsch		X	
Herr Ulf Burmeister		X	
Frau Camille Damm	X		
Frau Rita Duschek	X		
Herr Robert Gabel	X		
Frau Yvonne Görs	X		
Herr Prof. Dr. Frank Hardtke	X		
Frau Dr. Tjorven Hinzke	X		
Herr Axel Hochschild		X	
Frau Katharina Horn	X		
Frau Anja Hübner	X		
Frau Antonia Linea Huhn			X
Herr Heiko Jaap	X		
Herr Lutz Jesse		X	
Herr Dr. Jörn Kasbohm	X		
Herr Dr. Andreas Kerath		X	

Mitglied der Bürgerschaft	JA	NEIN	ENTHALTUN
Herr Thomas Kerl		X	
Herr Gamal Khalil	abwesend		
Herr Jörg König	X		
Herr Nikolaus Kramer	entschuldigt		
Herr Alexander Krüger	X		
Herr Jörg-Uwe Krüger			X
Herr Christian Kruse		X	
Herr Jürgen Liedtke		X	
Herr Egbert Liskow		X	
Herr Dr. Thomas Meyer	X		
Herr Prof. Dr. Markus Münzenberg	X		
Herr Christoph Oberst	X		
Herr Gerd-Martin Rappen	entschuldigt		
Herr Stephan Reuken		X	
Frau Dr. Mignon Schwenke	X		
Herr Daniel Seiffert	X		
Frau Birgit Socher	X		
Herr Prof. Dr. Thomas Stamm-Kuhlmann		X	
Frau Prof. Dr. Madeleine Tolani		X	
Herr Dr. Jörg Valentin	X		
Herr Marco Wandrey			X
Frau Kira Wisnewski	X		
Frau Dr. Monique Wölk		X	
Frau Katja Wolter	X		
Frau Grit Wuschek		X	
Herr Ingo Ziola		X	

P A U S E
20:58 – 21:06 Uhr

Herr Kerl hat die Sitzung der Bürgerschaft verlassen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Ergänzung zur Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2023/2024 aufgrund des Ankaufs und der Vermietung des Verwaltungsgebäudes Lange Straße 2 a.

Sperrvermerk:

Sollte das Ministerium für Inneres, Bau und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern die Kredite genehmigen, sind diese ausschließlich für einen etwaigen Ankauf der Langen Straße 2a zu verwenden.¹

¹ vom Einbringer übernommener Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
21	16	3

9.11 Konzept zur Konsolidierung des städtischen Haushaltes BV-P-ö/07/0289-01

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Jaap bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr Barsch

. teilt mit, dass die SPD-Fraktion diese Beschlussvorlage ablehnen werde. Die Vorlage sei nicht dafür geeignet, die Herausforderungen, vor denen der städtische Haushalt stehe, zu bewältigen. Zudem sei die Begründung widersprüchlich und in Teilen nicht korrekt. Die Beschlussvorlage behaupte, dass der Haushalt 2023/24 ein strukturelles Defizit enthalte. Allerdings seien es die Investitionskosten, die den Haushalt massiv belasten. Durch diese Vorlage werde impliziert, dass man durch ein Konzept, welches am Ende nur die Streichung konsumtiver Kosten beinhalten könne, in der Lage sei, das Defizit des städtischen Haushaltes auszugleichen. Dies stimme jedoch nicht.

Am Ende der Sachdarstellung werde erwähnt, dass überambitionierte Projekte auf Kosten zukünftiger Generationen durchgeführt würden.

. widerspricht dieser Aussage. Die in Rede stehenden Projekte seien dringend notwendig. Auf Kosten zukünftiger Generationen wäre es, wenn

- die staatlichen Schulen der Stadt nicht so ausgestattet würden, dass sie in der Lage seien, die anfallenden Schülerzahlen zu bewältigen.
- protestfrei hingenommen würde, dass die Schülerinnen und Schüler in Containern beschult würden.
- durch eine nicht vorgenommene Sanierung des Theaters in Greifswald die gesamte Theaterlandschaft in der Region Vorpommern ins Wanken gebracht würde.

Dies würde einen dauerhaften Schaden der Stadt darstellen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, ein Konzept zur Konsolidierung des Haushaltes und zum schnellstmöglichen Abbau der geplanten Neuverschuldung zu erarbeiten.

Ziele des Konzeptes sollen sein:

- die Erarbeitung ausgeglichener Haushalte, die ohne nennenswerte Neuverschuldung auskommen sollen, sowie
- die Schuldenlast in möglichst kurzer Zeit zu tilgen.

Das Haushaltskonsolidierungskonzept soll dabei u.a. darstellen:

- wie und mit welchen Maßnahmen das Haushaltsdefizit in den kommenden Jahren effektiv abgebaut werden soll.
- in welchem Zeitraum wieder ein ausgeglichener Haushalt erreicht werden soll.
- wie in der Zukunft das Entstehen neuer Defizite vermieden werden soll.

Es soll zudem eine Analyse erfolgen, welche internen Ursachen für die Entstehung der Defizite maßgeblich sind. Dazu sollen entsprechende Lösungskonzepte erarbeitet werden.

Das entsprechende Konzept ist dem Ausschuss für Finanzen sowie der Bürgerschaft spätestens zum Ende des dritten Quartales 2023 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
17	22	0

9.12 Vorschlagsliste für die Wahl der Haupt- und Hilfsschöff*innen beim Amtsgericht Greifswald sowie beim Landgericht Stralsund für die Amtsperiode vom 01.01.2024 – 31.12.2028

BV-VI/07/0722-01

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Herr Gabel befindet sich zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt gemäß § 36 Gerichtsverfassungsgesetz die Aufnahme der als Anlage aufgeführten Personen in die Vorschlagsliste für die Wahl der Schöff*innen und Hilfsschöff*innen für das Amtsgericht und für das Landgericht.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
------------	--------------	--------------

einstimmig	0	0
------------	---	---

Anlage 1 Vorschlagsliste für die Schöffenwahl 2023 öffentlich

9.13 Aktualisierung der Satzung zur Förderung des Sports in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald **BV-V/07/0663-03**

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Neufassung der „Satzung zur Förderung des Sports in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald“.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
38	0	1

Anlage 1 Satzung zur Förderung des Sports in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald_230315 öffentlich

Anlage 2 Satzung zur Förderung des Sports in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald_Synopse_230315 öffentlich

9.14 Zustimmung zur Wahl des Ortswehrführers gemäß § 12 Abs. 1 des Brandschutz- und Hilfeleistungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern (BrSchG M-V) **BV-V/07/0736**

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald stimmt gemäß § 12 Abs. 1 BrSchG M-V der Wahl von Herrn Maik Sommerfeldt zum Ortswehrführer zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

9.15 Zustimmung zur Wahl des stellvertretenden Ortswehrführers gemäß § 12 Abs. 1 des Brandschutz- und Hilfeleistungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern (BrSchG M-V)**BV-VI/07/0737**

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald stimmt gemäß § 12 Abs. 1 BrSchG M-V der Wahl von Herrn Sebastian Engelhardt zum stellvertretenden Ortswehrführer zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

**9.16 Bebauungsplan Nr. 38 - Sandfuhr -,
Änderung des Aufstellungsbeschlusses****BV-VI/07/0725**

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es erklärt sich kein Mitglied der Bürgerschaft vom Mitwirkungsverbot gemäß § 24 KV M-V betroffen.

Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald fasst den Beschluss zur Änderung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 38 – Sandfuhr – wie folgt:

1. In Abänderung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 38 - Sandfuhr - Beschluss-Nr. 142-08/95 vom 09.03.1995 wird für das Plangebiet

südlich der Schönwalder Landstraße der Geltungsbereich verkleinert (Abgrenzung gemäß Plan der Anlage 1, bisherige Abgrenzung gemäß Plan Anlage 2) und das damalige Ziel der Planung, die Neubebauung mit einem Festspielplatz, Sportanlagen sowie Geschäfts-, Büro- und Verwaltungsgebäuden zu ermöglichen, geändert. Nunmehr wird der Bebauungsplan Nr. 38 – Sandfuhr – mit dem Ziel aufgestellt, mit der Ausweisung eines sonstigen Sondergebiets für Sport insbesondere Baurecht für ein Stadion und eine Arena zu schaffen.

2. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Absatz 1 Satz 1 BauGB soll durch einen öffentlichen Aushang erfolgen, mit dem über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung zu unterrichten ist.
3. Der Beschluss zur Änderung des Aufstellungsbeschlusses ist gemäß § 2 Absatz 1 Satz 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.
4. Mit dem Vorhabenträger ist ein Städtebaulicher Vertrag gemäß § 11 BauGB zur Erarbeitung des Bebauungsplans 38 - Sandfuhr – abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
39	0	0

Anlage 1 B-Plan 38 - Sandfuhr - geänderte Abgrenzung des Geltungsbereichs (Plan vom 02.02.2023) öffentlich

Anlage 2 B-Plan 38 - Sandfuhr - bisherige Abgrenzung des Geltungsbereichs (Plan vom 30.11.1994) öffentlich

9.17 Bebauungsplan Nr. 118 – Südlich Fontanestraße - ; Satzungsbeschluss

BV-VI/07/0723-01

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es erklärt sich kein Mitglied der Bürgerschaft vom Mitwirkungsverbot gemäß § 24 KV M-V betroffen.

Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald fasst den Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 118 – Südlich Fontanestraße – wie folgt:

1. Die während der öffentlichen Auslegung des Vorentwurfs und des Entwurfs des Bebauungsplans Nr. 118 – Südlich Fontanestraße – vorgebrachten Anregungen der Öffentlichkeit sowie die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger

öffentlicher Belange hat die Bürgerschaft geprüft und beschließt wie im Abwägungsprotokoll der Anlage 1 aufgeführt.

Der Oberbürgermeister wird die Öffentlichkeit sowie die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die Anregungen vorgebracht haben, von diesem Ergebnis unter Angabe der Gründe in Kenntnis setzen.

2. Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I, S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 1 und 2 des Gesetzes vom 04. Januar 2023 (BGBl. I Nr. 6 vom 11.01.2023), sowie nach § 86 der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern (LBauO M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Oktober 2015 (GVOBl. M-V, S. 344), berichtigt am 20. Januar 2016 (GVOBl. M-V, S. 28), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 26. Juni 2021 (GVOBl. M-V, S. 1033), beschließt die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald den Bebauungsplan Nr. 118 – Südlich Fontanestraße –, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), als Satzung (Anlage 2).
3. Mit dem Beschluss des Bebauungsplans Nr. 118 – Südlich Fontanestraße – als Satzung erfolgt für den im Plan (Anlage 2) entsprechend gekennzeichneten Bereich eine Zuordnung und damit eine Ersetzung der Festsetzungen der Bebauungspläne Nr. 90 – Westliche Herderstraße – und Nr. 110 – Südlich Chamissostraße – durch die Festsetzung des Bebauungsplans Nr. 118 – Südlich Fontanestraße –.
4. Die Begründung einschließlich Umweltbericht zum Bebauungsplan Nr. 118 – Südlich Fontanestraße – wird gebilligt (Anlage 3).
5. Der Oberbürgermeister gibt den Beschluss des Bebauungsplans Nr. 118 – Südlich Fontanestraße – gemäß § 10 BauGB ortsüblich bekannt. Dabei ist auch anzugeben, wo der Plan mit Begründung und Umweltbericht während der Dienststunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
39	0	0

Anlage 1 B118_Satzung_2023-02-20_Anlage_1_Abwägung öffentlich

Anlage 2 B118_Satzung_2023-02-20_Anlage_2_Plan öffentlich

Anlage 3 B118_Satzung_2023-02-20_Anlage_3_Begründung_&_Umweltbericht
öffentlich

Anlage 4 B118_Satzung_2023-02-
20_Anlage_3_Begründung_Anlage_1_1_Biotpkartierung öffentlich

Anlage 5 B118_Satzung_2023-02-20_Anlage_3_Begründung_Anlage_1_2_E-A-
Bilanzierung öffentlich

<u>Anlage 6</u>	B118_Satzung_2023-02-20_Anlage_3_Begrueudung_Anlage_2_1_Plan_Maßnahmenflaechen_Ausgleich öffentlich
<u>Anlage 7</u>	B118_Satzung_2023-02-20_Anlage_3_Begrueudung_Anlage_2_2_Pflanzplan_Hecke_AF_3 öffentlich
<u>Anlage 8</u>	B118_Satzung_2023-02-20_Anlage_3_Begrueudung_Anlage_2_3_Liste_rezenter_Obstgehoeelze öffentlich
<u>Anlage 9</u>	B118_Satzung_2023-02-20_Anlage_3_Begrueudung_Anlage_3_1_Artenschutzrechtlicher_Fachbeitrag öffentlich
<u>Anlage 10</u>	B118_Satzung_2023-02-20_Anlage_3_Begrueudung_Anlage_3_2_Karte_Brutvogelkartierung öffentlich
<u>Anlage 11</u>	B118_Satzung_2023-02-20_Anlage_3_Begrueudung_Anlage_3_3_Erläuterungen_Brutvogelkartierung öffentlich
<u>Anlage 12</u>	B118_Satzung_2023-02-20_Anlage_3_Begrueudung_Anlage_4_Städtebauliches_Konzept öffentlich
<u>Anlage 13</u>	B118_Satzung_2023-02-20_Anlage_3_Begrueudung_Anlage_5_Schalltechnische_Untersuchung öffentlich

9.18 Optionsfelder für Photovoltaik-Freiflächenanlagen in Greifswald

BV-VI/07/0728-01

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr König

. bedankt sich bei der Verwaltung für diese Beschlussvorlage.

Die Bürgerschaft habe vor ca. zwei Jahren die Verwaltung entsprechend beauftragt. Das Ziel sei noch nicht vollständig erreicht. Der nächste Schritt sei, die Bebauungspläne aufzustellen. Wenn die 90 Hektar vollständig genutzt würden, könnte man einen erheblichen Anteil des Greifswalder Stromverbrauchs bilanziell erneuerbar erzeugen.

Zu klären sei noch,

- wie eine Photovoltaik-Anlage in der Dimension angeschlossen werden sollte,
- welche Auswirkungen dies auf das dahinter liegende Stromnetz habe,
- was dies für die Kraft-Wärme-Kopplungserzeugung der Stadtwerke Greifswald GmbH bedeute.

. hält das Projekt für eine große Chance für Greifswald. Wärmepumpen seien für viele Menschen ein großes Thema und Elektromobilität werde zunehmen, sodass der Strom

benötigt werde.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt das Konzept „Optionsfelder für Photovoltaik-Freiflächenanlagen“ gemäß Anlage 1.

Zielstellung des Konzeptpapiers ist die Darstellung von Optionsfeldern für Photovoltaik-Freiflächenanlagen im Stadtgebiet Greifswald. Damit soll eine städtebaulich angepasste Flächenkulisse für diesen flächenintensiven Bedarf der Erneuerbaren Energien angeboten werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
35	3	1

Anlage 1 2023-02-20_PV_UHGW_mh öffentlich

9.19 Elektroroller/ E-Scooter

BV-P-ö/07/0286-01

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Dr. Kerath bringt die Beschlussvorlage ein.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister zu prüfen, welche Meldeseiten für unsachgemäßes Abstellen von E-Scootern genutzt werden können und welche anderen (technischen, u.a. Geofencing) Möglichkeiten bestehen, die erlaubten Abstellzonen/-plätze zu regulieren/steuern.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
36	1	2

9.20 Neuordnung der räumlichen Zuständigkeiten der Ortsteilvertretungen

BV-P-ö/07/0287-03

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Gabel

. informiert, dass zu dieser Beschlussvorlage noch einige Punkte zu klären seien, weshalb sie in den nächsten Gremienlauf verschoben werde.

Abstimmungsergebnis:

in den nächsten Gremienzyklus verschoben

**9.21 Änderung der Bekleidungsvorschriften im Greifswalder
Freizeitbad und am Eldenaer Strandbad**

BV-P-ö/07/0293

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Frau Wolter bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr König

. teilt mit, dass er der Beschlussvorlage nicht zustimmen werde, da sich die Mitarbeiter des Freizeitbades bei einer Befragung überwiegend dagegen ausgesprochen hätten.

Frau Hübner

. hält diese Beschlussvorlage für ein gutes Anliegen. Im Sinne der Gleichberechtigung sei dies ein maßgeblicher Schritt. Das Ergebnis der Mitarbeiterbefragung habe kurz zum Nachdenken anregt. Natürlich sei es zunächst befremdlich. Aber wenn der Schritt in Richtung Gleichberechtigung gegangen werden solle, müsse dieser Wandel geschaffen werden.

. nennt andere Städte, in denen dieses Vorhaben bereits praktiziert werden.

Die Folge sei, dass weibliche, trans- und nicht binäre Personen in 2023 endlich die Chance hätten, selbst über ihre Bekleidung entscheiden zu dürfen. Ein Argument gegen diese Gleichstellung sei die Befürchtung, dass es zu sexueller Belästigung kommen könnte. Dies sei wohl auch eine Sorge der Mitarbeiter*innen. Allerdings würde es auch heute schon, ständig zu dieser Situation kommen. Das Problem dabei seien nicht die Opfer, sondern die Täter und das gesellschaftliche Frauenbild. Dies müsse und könne glücklicherweise geändert werden. Dafür müsse Gleichberechtigung endlich ernst genommen und gelebt werden.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Der Oberbürgermeister wird dazu aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass zum Zwecke der Gleichstellung von Frauen allen Besucherinnen und Besuchern im Greifswalder Freizeitbad, sowie an der Badestelle Eldena der Aufenthalt mit freiem Oberkörper ohne Textilbedeckung erlaubt ist.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen

Nein-Stimmen

Enthaltungen

21	12	einige
----	----	--------

9.22 Prüfauftrag an die Stadt Greifswald, vertr. durch Oberbürgermeister Dr. Fassbinder zur vorhandenen sozialen und wirtschaftlichen Situation der Stadt sowie die Erstellung eines ausführlichen Integrationskonzeptes

BV-P-ö/07/0299

Der Präsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Frau Wuschek bringt die Beschlussvorlage ein.

Frau Duschek verlässt die Sitzung der Bürgerschaft.

Herr Dr. Kerath

. beantragt die Verweisung der Beschlussvorlage in den Ausschuss für Soziales, Jugend, Sport, Inklusion, Integration, Gleichstellung und Wohnen.

Der Präsident der Bürgerschaft lässt über die Verweisung der Beschlussvorlage abstimmen.

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	6	2

Abstimmungsergebnis:

zurückverwiesen in die Fachausschüsse

10 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft

keine

11 Ende der Sitzung

Der Präsident der Bürgerschaft beendet die öffentliche Sitzung der Bürgerschaft um 21:35 Uhr.

Präsident der Bürgerschaft:

Protokollant/in:

Egbert Liskow

Sarah Wiesenberg